

PRO

CONTRA

Sollten Gedenkstättenbesuche verbindlich gemacht werden?

Immer wieder fordern Politikerinnen und Politiker, dass jede Schülerin und jeder Schüler zumindest einmal während ihrer/seiner Schullaufbahn eine Gedenkstätte besuchen soll. Doch diese Forderung ist nicht unumstritten in der Gesellschaft. Zwei Mitglieder des hphv erläutern exemplarisch die Gründe dafür und dagegen.

PRO

Verbindlicher Gedenkstättenbesuch

Ich bin Lehrkraft in Hessen. Jeden Tag arbeite ich mit jungen Menschen, die in einer offenen, demokratischen Gesellschaft aufwachsen – und für die diese Freiheit vermutlich oft selbstverständlich ist. Gerade deshalb halte ich verpflichtende Gedenkstättenfahrten für Schulklassen und -kurse für unverzichtbar. Nicht als Programmpunkt, nicht als Ritual, sondern als zutiefst menschliche Lernerfahrung, die Schule leisten muss, wenn sie ihrem Bildungsauftrag gerecht werden will.

Wenn ich mit Schülerinnen und Schülern an Orten stehe, an denen Menschen entrechtet, gedemütigt und ermordet wurden, verändert sich etwas. Die Stille wirkt anders als jedes Klassenzimmer. Zahlen werden zu Schicksalen. Namen zu Gesichtern. Geschichte hört auf, 'Stoff' zu sein. Sie wird spürbar. Und genau in diesem Moment beginnt für viele junge Menschen ein Nachdenken, das kein Schulbuch erzwingen kann.

Ich bin überzeugt: Gerade deshalb müssen diese Fahrten verpflichtend sein. Nicht, weil man Haltung verord-

CONTRA

Verbindlicher Gedenkstättenbesuch

Verpflichtende Gedenkstättenfahrten in der Schule sind kritisch zu betrachten, da eine Pflicht allein keinen pädagogischen Mehrwert garantiert und vielmehr neue Probleme schaffen kann. Zunächst ist unklar, in welchen Jahrgangsstufen ein solcher Besuch verbindlich stattfinden sollte. Historisches Verständnis, emotionale Reife und die Fähigkeit zur reflektierten Auseinandersetzung entwickeln sich individuell und altersabhängig.

Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass der verpflichtende Charakter Ablehnung oder innere Distanz hervorruft. Wer sich gezwungen fühlt, setzt sich häufig weniger offen und kritisch mit dem Thema auseinander. Gerade bei sensiblen historischen Inhalten wie nationalsozialistischen Verbrechen ist jedoch eine freiwillige, ernsthafte Auseinandersetzung entscheidend für nachhaltiges Lernen. Ein Pflichtbesuch kann dagegen zur bloßen Routine werden, bei der die emotionale und moralische Bedeutung des Ortes verloren gehen. Hinzu kommt die mögliche emotionale Belastung für einzelne

nen kann – das kann man nicht. Aber weil man Begegnungen ermöglichen muss, aus denen Haltung überhaupt erst entstehen kann. Wenn wir diese Besuche freiwillig machen, überlassen wir sie dem Zufall, dem Interesse einzelner oder dem Engagement der Elternhäuser. Damit würden wir diejenigen verlieren, die diese Erfahrung am dringendsten brauchen.

Als Lehrkraft sehe ich es als meine Verantwortung, allen Jugendlichen – unabhängig von Herkunft, Prägung oder Weltbild – eine gemeinsame historische Erfahrung zu ermöglichen. Gedenkstättenfahrten schaffen einen Raum, in dem wir über Menschenwürde, Mitverantwortung und Zivilcourage nicht theoretisch sprechen, sondern existenziell.

Ich erlebe immer wieder, wie Schülerinnen und Schüler während oder nach solchen Fahrten anders fragen. Leiser. Ernsthafter. Persönlicher. Sie beginnen zu verstehen, dass Demokratie nicht nur ein politisches System ist, sondern eine Haltung, die jeden Tag verteidigt werden muss – auch im Kleinen, auch im Schulalltag, auch im eigenen Denken. In Zeiten wachsender Gleichgültigkeit, wachsender Lautstärke und wachsender Verachtung gegenüber Minderheiten halte ich das für wichtiger denn je.

Ja, diese Orte sind schwer auszuhalten. Ja, sie fordern emotional. Aber genau darin liegt ihre Bedeutung. Wenn Schule junge Menschen nicht mehr mit der Zustimmung der Geschichte konfrontiert, verfehlt sie ihren Auftrag. Wegsehen war einmal der Anfang von Unrecht – Hinsehen ist unsere pädagogische Pflicht.

Schließlich bin ich der Auffassung, dass die emotionale Betroffenheit, die solche Orte auslösen, kein pädagogisches Risiko, sondern eine Chance darstellt – vorausgesetzt, sie wird einfühlsam begleitet. Gerade die emotionale Dimension eröffnet Zugänge zu moralischer Urteilsbildung, die rein kognitive Lernformen nicht erreichen. Sie ermöglicht nachhaltige Lernprozesse, die über Prüfungen und Schuljahre hinauswirken.

Für mich sind verpflichtende Gedenkstättenfahrten deshalb kein Akt der Bevormundung, sondern ein Ausdruck von Vertrauen: Vertrauen darauf, dass junge Menschen fähig sind zu Empathie, Verantwortung und moralischem Urteilen – wenn wir ihnen die Gelegenheit dazu geben.

Ich möchte, dass meine Schülerinnen und Schüler nicht nur wissen, was geschehen ist, sondern spüren, warum es nie wieder geschehen darf. Dafür braucht es diese Orte. Für alle. Verbindlich.

Volker Hahl | Schulvertrauensmann am
Lessinggymnasium Lampertheim und
stellvertretender Vorsitzender des Bezirks Darmstadt

Schülerinnen und Schüler, denn Gedenkstätten konfrontieren Jugendliche mit extremem Leid, Gewalt und Tod. Für Schülerinnen und Schüler mit eigenen belastenden Erfahrungen – etwa Flucht, Krieg oder Diskriminierung – kann dies retraumatisierend wirken.

Auch organisatorische und finanzielle Aspekte sprechen gegen eine verpflichtende Regelung. Fahrten zu Gedenkstätten sind mit erheblichem Zeitaufwand, Kosten und logistischen Herausforderungen verbunden, denn die Qualität der Umsetzung kann stark zwischen den Schulen variieren, zum Beispiel auch hinsichtlich der Vorbereitung, Führung und Nachbereitung. Extracurriculare Veranstaltungen stellen auch wieder die Schule vor zusätzliche organisatorische Herausforderungen, wie zum Beispiel Klausur- und Klassenarbeitsverlegungen oder Vertretungsunterricht.

Es erscheint daher sinnvoller, Gedenkstättenfahrten nicht pauschal verpflichtend zu machen, sondern sie in ein differenziertes pädagogisches Gesamtkonzept einzubetten. Ein flexibles Modell würde den individuellen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler eher gerecht werden und auch die Lehrkräfte nicht unter Druck setzen, eine solche Fahrt zwingend durchführen zu müssen, sondern je nach Klassenzusammensetzung sinnvoll selbst entscheiden zu können.

Annabel Fee | stellvertretende Landesvorsitzende des hphv



Foto: tutej/AdobeStock